Viel Einfluss, wenig Vielfalt? Die Rolle der Ökonomik in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft

Till van Treeck
Universität Duisburg-Essen

NRW Fortschrittslecture

Berlin, 22. April 2015

British Economists Send Apology To Queen

AP

Posted: 08/26/2009 5:12 am EDT | Updated: 05/25/2011 1:45 pm EDT

Screenshot: http://www.huffingtonpost.com/2009/07/26/british-economists-send-a_n_244998.html

Elizabeth II greets NASA GSFC employees, May 8. Public domain.

Institute For New Economic Thinking

Quelle: http://ineteconomics.org/

International Student Initiative for Pluralism in Economics ISIPE

Quelle: https://www.facebook.com/ISIPE.NET

NETZWERK Plurale Ökonomik

Quelle: http://www.plurale-oekonomik.de/home/

AUFSTAND AN DEN DEUTSCHEN UNIS

22. Jul 2014, Benedikt Weihmayr

Capital

WIRTSCHAFT IST GESELLSCHAFT

KOMMENTARE & DEBATTEN

Das Ökonomie-Studium verläuft in eingefahrenen Bahnen. Es fehlt die Vielfalt der Theorien und Methoden. Von Benedikt Weihmayr

Screenshot: http://www.capital.de/meinungen/aufstand-an-den-deutschen-unis.html

Gliederung

1. Wissenschaftliche Einseitigkeit am Beispiel
   IWF versus SVR
2. Politisches Agenda-Setting am Beispiel
   H*amburger Appell und Alternative für Deutschland*
3. Gesellschaftliche Einflussnahme am Beispiel
   Wirtschaft in der Schule
4. Was tun?

Gliederung

1. **Wissenschaftliche Einseitigkeit am Beispiel *IWF versus SVR***
2. Politisches Agenda-Setting am Beispiel H*amburger Appell und Alternative für Deutschland*
3. Gesellschaftliche Einflussnahme am Beispiel *Wirtschaft in der Schule*
4. Was tun?

Frischer Wind in der Forschungsabteilung des Internationalen Währungsfonds (IWF)

1. Fiskalmultiplikatoren viel größer als bisher gedacht, Austerität u.U. kontraproduktiv, Länder sollten fiskalischen Spielraum nutzen (WEO, Oktober 2012)
2. Kreditfinanzierte staatliche Infrastrukturprojekte bei aktuell niedrigen Zinsen und Nachfrageschwäche empfehlenswert (WEO, Oktober 2014)
3. Kritik am deutschen Exportüberschuss, dessen Abbau erfordert höhere Investitionen, höhere Löhne, höhere Inflation (WEO, Oktober 2012)
4. Hohe Ungleichheit führt tendenziell zu geringerem Wachstum (Berg/Ostry 2011) und zu privaten Schuldenkrisen (Kumhof et al., 2015)
5. Abnahme des gewerkschaftlichen Organisationsgrads als Ursache für steigende Ungleichheit (Jaumotte/Buitron, 2015)
6. Effekte der Deregulierung des Arbeitsmarkts auf Produktivitätswachstum zweifelhaft (WEO, April 2015)

Screenshot: http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201415/JG14_ges.pdf

- „Die deutsche Wirtschaftspolitik legt zunehmend Marktergebnisse fest, um Verteilungsziele zu erreichen. Stattdessen ist mehr Vertrauen in Marktprozesse angebracht.“

(Jahresgutachten 2014/15, Zi. 2)

SVR (2014/15) zur „unauffälligen Einkommensungleichheit“

- „Die gegenwärtige Einkommensungleichheit ist im internationalen Vergleich unauffällig, und ihre Entwicklung im Zeitverlauf ist weit weniger dramatisch, als die öffentliche Debatte … vermuten lässt.“ (Zi. 515)
- „Das von Piketty formulierte Postulat einer quasi-naturgesetzlichen Entwicklung der Einkommensverteilung ist aus ökonomischer Sicht nicht haltbar. Marktwirtschaftliche und gesellschaftliche Kräfte werden aller Wahrscheinlichkeit nach exzessive Entwicklungen korrigieren.“ (Zi. 518)

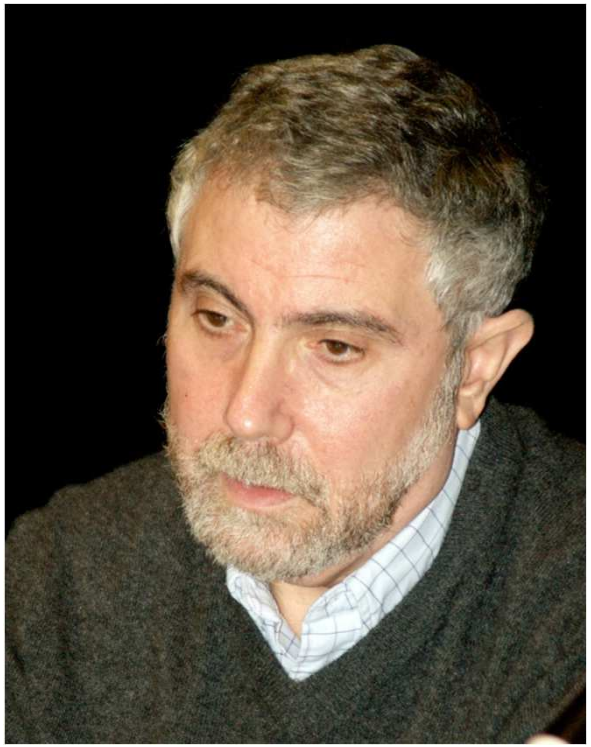
SVR (2014/15) gegen die Nutzung von finanzpolitischem Spielraum

- „Konjunkturell trübt sich die Situation allerdings ein, und angesichts des strukturell ausgeglichenen Haushalts besteht finanzpolitischer Spielraum im Rahmen der Schuldenbremse. Gewichtige Argumente sprechen gegen dessen Nutzung: Im Euro-Raum ist die Glaubwürdigkeit der Fiskalregeln noch nicht gesichert.“ (Zi. 10)

SVR (2014/15) zur „vermeintlichen Investitionslücke“

- „Damit besteht gar die Möglichkeit eines langfristig geringeren Wachstums als ohne Investitionsprogramm.“ (Kasten 1, S.9)
- „Stattdessen sollten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für private Investitionen und Innovationen verbessert werden.“
  - Rücknahme des Mindestlohns und Abbau anderer Arbeitsmarktregulierungen
  - Erhöhung des Renteneintrittalters (vgl. Zi. 7)

Wo sind die deutschen Ökonomen, die das offen aussprechen?



Paul Krugman at the 2010 Brooklyn Book Festival. Author: David Shankbone. License: CC BY 3.0

- „Wenn Sie sich richtig deprimiert fühlen wollen in Bezug auf Europas Zukunft, lesen Sie den Artikel von Wolfgang Schäuble in The Times. Er steht in knallhartem Widerspruch zu allem, was wir über Makroökonomik wissen, und zu allen Erkenntnissen, die die europäische Erfahrung der letzten fünf Jahre bestätigt hat.“ (NY Times, 17.4.2015, eigene Übersetzung)

Gliederung

1. Wissenschaftliche Einseitigkeit am Beispiel
   IWF versus SVR
2. **Politisches Agenda-Setting am Beispiel**
   Hamburger Appell und Alternative für Deutschland
3. Gesellschaftliche Einflussnahme am Beispiel
   Wirtschaft in der Schule
4. Was tun?

VWL in Deutschland: Wissenschaft oder Politik?

Prof. Dr. Michael Funke, Universität Hamburg
Prof. Dr. Bernd Lucke, Universität Hamburg
Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Universität Hamburg und Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut HWWI

Hamburger Appell

Die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland wird verstärkt von Vorstellungen geprägt, die einen erschreckenden Mangel an ökonomischem Sachverstand erkennen lassen. Dies ist um so besorgniserregender, als Deutschland sich in einer tiefen, strukturellen Krise befindet, die drastische und schmerzhafte Reformen verlangt. Gerade in Vorwahlkampfzeiten scheint die Bereitschaft gering, diese Tatsache den Bürgern mit der gebotenen Deutlichkeit vor Augen zu führen.

30.6.2005, unterzeichnet von 243 ProfessorInnen an deutschen Hochschulen,
https://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_vwl_iwk/paper/appell.pdf

Plenum der Ökonomen

screenshot: http://www.wiso.uni-hamburg.de/lucke/?page_id=2

Bernd Lucke auf der AfD-Bundesversammlung am 24.01.14. Urheber: Matheser. Lizenz: CC BY-SA 3.0

„Einziges Ziel des Plenums ist es, die Öffentlichkeit und die demokratisch legitimierten Institutionen unseres Staates rechtzeitig und fundiert über die Einschätzung der diesem Staat dienenden Wissenschaftler zu informieren.“

Mehr Ungleichheit als Lösung?

- „Die **unangenehme Wahrheit** besteht deshalb darin, dass eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage nur durch **niedrigere Entlohnung der ohnehin schon Geringverdienenden**, also durch eine verstärkte Lohnspreizung, möglich sein wird. Eine Abfederung dieser Entwicklung ist durch **verlängerte Arbeitszeiten, verminderten Urlaubsanspruch oder höhere Leistungsbereitschaft** möglich.“ (Hamburger Appell)

Abfällige Sicht auf sozialstaatliche Institutionen

- Zum „Ruf nach verbesserter Mittelausstattung im Bildungswesen“: „Dabei wird oft übersehen, dass große Fortschritte allein durch **vermehrten Ansporn zu Fleiß, Wissbegier und strenger Leistungsorientierung** erzielt werden könnten.“ (Hamburger Appell)

Abfällige Sicht auf europäisches Wohlfahrtsstaatmodell

- „Eine Wirtschafts- und Sozialunion mit Frankreich wäre wohl eher die **Ehe des Lahmen mit dem Gebrechlichen**.“ (Hamburger Appell)

Verblüffend einseitige Sicht der Fiskalpolitik

- „**Jede** Ausdehnung der Staatsverschuldung schwächt die Binnenkonjunktur… Das kaufkrafttheoretische Argument, in einer wirtschaftlichen Stagnation dürfe man sich nicht ‚kaputtsparen‘, ist bequem, aber **falsch**.“ (Hamburger Appell)

Gliederung

1. Wissenschaftliche Einseitigkeit am Beispiel
   IWF versus SVR
2. Politisches Agenda-Setting am Beispiel
   H*amburger Appell und Alternative für Deutschland*
3. **Gesellschaftliche Einflussnahme am Beispiel**
   Wirtschaft in der Schule
4. Was tun?

Ökonomische Bildung als öffentliche Wirtschaftswissenschaft

Info aktuell 2012 Informationen zur politischen Bildung bpb:

Quelle: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/infoaktuell_EURO_barrierefrei_0.pdf

- „Doch bietet die derzeitige Krise auch Chancen, wenn es gelingt, die **Staatsverschuldung nachhaltig einzudämmen**, die **Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer zu steigern** und die richtige Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortlichkeit zu finden.“ (S.1)

ministère éducation nationale éduscol Sciences économiques et sociales - Terminale ES

Quelle: http://cache.media.eduscol.education.fr/file/SES_terminale_allegements/32/6/2.2_UE_ds_l_eco_-_cor_264326.pdf

- „Es geht nun darum, die Währungsintegration konsequent zu Ende zu bringen durch die Etablierung einer **gemeinsamen Budgetsouveränität auf Ebene der Eurozone**. … Die Entscheidung Deutschlands zu einer Lohndeflation bedeutet, dass das **« deutsche Modell » nicht verallgemeinerbar** ist.“ (S.5, eigene Übersetzung)

Soll das ernsthaft ökonomische Allgemeinbildung sein?

- „Zwangsläufige wirtschaftliche Ungleichheit ist nicht als beklagenswerte Fehlleistung des Marktes zu sehen, sondern als höchst erfreuliche, ja notwendige Konsequenz individuellen wirtschaftlichen Handelns. Ungleichheit wirkt nämlich als Anreiz für Leistungsstreben und induziert überdies Fortschritt und Wohlstand. Eine Konterkarierung der wirtschaftlichen Ungleichheit im Wege staatlicher Umverteilung ist kontraproduktiv.“ (S. 6)
- „Jeder ist sein eigener Unternehmer.“ (S. 7)

May, H. (2011): Ökonomische Bildung als Allgemeinbildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/2011, Bundeszentrale für politische Bildung

Private Materialien zur ökonomischen Bildung

- Handelsblatt macht Schule
- Wirtschaft und Schule
- My Finance Coach
- Wissensfabrik - Unternehmen für Deutschland e.V.
- Geldlehrer Deutschland e.V.
- WirtschaftsSchule
- Sparkassen SchulService
- Unternehmergeist in Schulen
- SCHUL/BANKER
- …

Gliederung

1. Wissenschaftliche Einseitigkeit am Beispiel
   IWF versus SVR
2. Politisches Agenda-Setting am Beispiel
   H*amburger Appell und Alternative für Deutschland*
3. Gesellschaftliche Einflussnahme am Beispiel
   Wirtschaft in der Schule
4. **Was tun?**

Herausforderungen für Wissenschaft und Politik

- Eine pluralistischere Ökonomik in Deutschland ist ohne aktive Unterstützung aus Politik und Zivilgesellschaft überhaupt nicht realistisch!
- Studierendeninitiativen!
- Interdisziplinarität als inhaltliche und institutionelle Perspektive!
- Internationalisierung!
- Demokratisierung des ökonomischen Wissens, integrative politische Bildung!

Mehr Infos

CIVES! School of Civic Education

FWGW
Forschungsstelle für wissenschaftsbasierte gesellschaftliche Weiterentwicklung

www.cives-school.de

www.fwgw.org

Danke!